

23.11.1994

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß.



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1995

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

- Drucksachen 11/7500 und 11/7970 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird unverändert angenommen.

Bericht

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat den Entwurf des Einzelplans 14 am 14. September und am 26. Oktober 1994 beraten. Dabei wurden die Personaltitel ohne weitere Beratung an den Unterausschuß Personal überwiesen.

Die abschließende Sitzung fand am 23. November 1994 statt. Dabei wurde der Entwurf des Einzelplans 14 unverändert mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Änderungsanträge wurden von der Fraktion der SPD und der Fraktion der F.D.P. nicht gestellt. Es lagen Änderungsanträge vor von der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die im einzelnen beraten und abgestimmt wurden. Dabei konnte kein Antrag eine Mehrheit finden.

Robert Schumacher
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
zum Einzelplan 14**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 14 010 - Ministerium</p> <p>Eingliederung des Ministeriums für Bauen und Wohnen in das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr durch Streichung, Umschichtung und Reduzierung der Titel 421 00, 422 10, 425 10 und 426 10 sowie der Titel der Obergruppe 52 bis 54:</p> <p>a) Streichung der Planstellen der Ministerin und des Staatssekretärs.</p> <p>b) Umschichtung von 70 Stellen innerhalb der Landesregierung.</p> <p>c) Entsprechende Reduzierung der Sachmittel und Miete.</p> <p>Begründung:</p> <p>Ein Ministerium mit rund 260 Stellen (ohne nachgeordneten Bereich) ist überflüssig, da die Trennung des ehemaligen MSWV in zwei Ministerien sachlich nicht zu vertreten ist. Eine Stärkung der Wohnungsbaupolitik ist durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums nicht eingetretten. Durch die Eingliederung der Wohnungsbauförderungsanstalt in die Westdeutsche Landesbank hat das Ministerium für Bauen und Wohnen weiter an Bedeutung verloren. Das Ministerium für Bauen und Wohnen wird daher dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr angegliedert. Eingespart werden die Kosten für die Bezüge der Ministerin und des Staatssekretärs und 70 weiterer Stellen sowie entsprechende Miet- und Sachkosten. Eingespart werden mindestens 14 Mio. DM.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Kürzung des Kapitelansatzes um 4.300.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Kürzungen aufgrund der Haushaltslage bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen (Zeche Rhein-Elbe). Ein eigenes Fortbildungszentrum ist nicht zu rechtfertigen. Fortbildungsangebote und Einrichtungen sind in NRW ausreichend vorhanden. Die Folgekosten sind nicht zu vertreten. Das Gebäude soll durch einen privaten Investor genutzt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne nein</p>
3	CDU	<p>Kapitel 14 020 - Titel 712 00</p> <p>Sanierung des Zechegebäudes (ehemalige Lohnhalle) der Zeche Rhein-Elbe in Gelsenkirchen zur Unterbringung der Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen</p> <p>Streichung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4 958 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Kürzungen aufgrund der Haushaltslage bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen (Zeche Rhein-Elbe). Ein eigenes Fortbildungszentrum ist nicht zu rechtfertigen. Fortbildungsangebote und Einrichtungen sind in NRW ausreichend vorhanden. Die Folgekosten sind nicht zu vertreten. Das Gebäude soll durch einen privaten Investor genutzt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	<p>Kapitel 14 040 - Titel 121 00 Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen</p> <p>Erhöhung um 8.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Land ist nach Titel 121 00 mit rund 230 Mio. DM an verschiedenen Gesellschaften beteiligt. Die größte Beteiligung besteht bei der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH, Düsseldorf. Für 1995 muß sich die Beteiligung des Landes zumindestens mit 4 % verzinsen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne ja</p>
5	CDU	<p>Kapitel 14 040 - Angelegenheiten des Bauwesens</p> <p>Titelgruppe 70 - Für wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen auf den Gebieten des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens</p> <p>Titelgruppe 71 - Für Planungen und Wettbewerbe zur Förderung von Innovationen im Bereich von Bauen und Wohnen</p> <p>Kürzung der Ausgaben der Titelgruppen um insgesamt 1.300.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel dienen für Untersuchungen und Wettbewerbe zur Förderung von Innovationen im Bereich von Bauen und Wohnen. Ergebnisse im experimentellen und innovativen Wohnungsbau liegen zugenüge vor. Es bedarf der Umsetzung in Nordrhein-Westfalen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>Grüne nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Einnahmetitels 131 10 mit der Zweckbestimmung "Erlöse aus dem Verkauf von landeseigenen Wohnungen" mit einem Baransatz von 160.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Land hat zur Zeit rund 1.000 landeseigene Mietwohnungen. Der Wert dieser Wohnungen beläuft sich auf mindestens 160.000 DM. Entsprechend dem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 11/7388 - und der Vorlage 11/3314 werden die Wohnungen vorrangig an die Mieter/-innen veräußert.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	<p>Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels 892 60 bei der Titelgruppe 60 mit der Zweckbestimmung "Zuweisung an die Wohnungsbauförderungsanstalt (Sonderprogramm zur Eigentumsbildung für junge Familien)" mit einem Baransatz von 180.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Eigentumsförderung der Landesregierung ist vollkommen unzureichend. Besonders junge Familien werden durch die Eigentumsförderung in Nordrhein-Westfalen benachteiligt. Das Wohnungsbauprogramm wird daher um 180 Mio. DM aufgestockt, um diesen Familien eine Förderung zuteilkommen zu lassen. Basis sind die Anträge der CDU-Landtagsfraktion "Wohnungspolitische Offensive in Nordrhein-Westfalen - Mobilisierung von Bauland" - Drucksache 11/7389 - sowie "Wohnungspolitische Offensive in Nordrhein-Westfalen - Förderung der Gruppenselbsthilfe beim Eigenheimbau" - Drucksache 11/7387 -. Über das in den Anträgen vorgesehene Mittelvolumen von 150 Mio. DM hinausgehend werden 30 Mio. DM für die Gruppenselbsthilfe bereitgestellt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Sofortprogramm zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit" mit einem Baransatz von 60.000.000 DM unter Aufteilung auf folgende Maßnahmen bei gegenseitiger Deckungsfähigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sanierung von Schlicht- und Einfachstwohnungen 20.000.000 DM - Grundförderung für kommunale Anmietprojekte 10.000.000 DM - Bau von Wohnungen für Obdachlose nach dem 2-Stufen-Modell des Aussiedler/-innenprogramms unter bestimmten Rahmenbedingungen 20.000.000 DM - Anschubförderung für Träger sozialer Arbeit für die Schaffung von Wohnraum für ihre Klientel 5.000.000 DM - Kurzfristige Maßnahmen der Kommunen zur Verhinderung von Kältetoten 5.000.000 DM. 	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evt. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Begründung:</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat bereits im September 1992 mit dem Antrag "Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen" - Drs. 11/4292 - unter anderem spezielle wohnungspolitische Programme zur Beseitigung von Obdachlosigkeit gefordert. Unterstützung für unsere Vorschläge sehen wir in den konkreten Anforderungen von Seiten der Kommunen, z. B. aus der Stadt Bielefeld, von den Wohlfahrtsverbänden und den Leitern der Wohnungsämter in NRW. Das Thema wurde zwar von allen Fraktionen und der Landesregierung als relevant erkannt, bis heute fehlen jedoch Programme, die Abhilfe schaffen könnten.</p> <p>Im Rahmen der Haushaltsberatungen 1994 wurde ein entsprechender Antrag von uns mit dem Hinweis auf die noch andauernde Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe zu diesem Thema abgelehnt. Der Abschlußbericht liegt seit September 1993 vor, ohne Wirkung im Haushaltsentwurf für 1995 zu zeigen, obwohl die Obdachlosigkeit weiter im Vormarsch ist. Rund 60.000 Menschen sind in NRW offiziell obdachlos gemeldet. Der Anteil der Frauen, Kinder und Familien nimmt überdurchschnittlich zu. Es handelt sich nicht mehr vorwiegend um die Obdachlosigkeit alleinstehender Wohnungs- und Arbeitsloser. Hinzu kommt, daß die Verweildauer in psychiatrischen Kliniken, heilpädagogischen Heimen, Erziehungsheimen und Frauenhäusern viel länger ist, als sachlich notwendig. Das behindert die Selbständigkeit der Klient/-Innen unverantwortlich. Hinzu kommt auch, daß durch die Anhebung der Einkommensgrenzen im Sozialen Wohnungsbau die Konkurrenz unter den Sozialwohnungsberechtigten zunimmt, mit der Folge verschärfter Bedingungen für und einer Zunahme von Wohnungsnotfällen. Die Wohlfahrtsverbände sprechen von rund 600.000 Wohnungsnotfällen in NRW.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Diese Situation macht ein Sofortprogramm notwendig. Um zu verhindern, daß im Zwei-Stufen-Modell Schlichtwohnungen alten Musters entstehen, die zu einer Stigmatisierung der Bewohner/-Innen und Segregation beitragen statt sie zu verhindern, sind bestimmte Rahmenbedingungen an die Mittelvergabe zu knüpfen, wie gute Einbindung in die Stadt/Gemeinde, gute Versorgung mit Infrastruktur, keine Massierung von Wohnungen, sozialpädagogische Betreuung, differenziertes Angebot an Gemeinschaftsräumen als Ausgleich für weniger Wohnfläche, Teilnahme der Stadt/Gemeinde am Fachstellenmodell. Die Kommunen bringen eigene Gelder in das Modell ein, die sie zur Zeit in die Unterbringung von Wohnungsnotfällen in Hotels, Containern etc. aufwenden.</p> <p>Das hier vorgeschlagene Sofortprogramm wird ergänzt durch Maßnahmen für Frauen und junge Erwachsene, da für diese jegliche Infrastruktur fehlt.</p> <p>Die Anträge zum Einzelplan 14 basieren auf einem Gesamthaushalt der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, so daß Mittelaufstockungen an dieser Stelle durch Mittelkürzungen an anderen Stellen im Haushalt ausgeglichen werden.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Ausbau von Wohnungen für Asylbewerber/innen zu Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus mit einem Baransatz von 5.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Dieses Programm dient dazu, die bereits bestehenden Wohnungen einfachsten Standards für Asylbewerber/innen entsprechend dem 2-Stufenmodell für den Wohnungsbau für Aussiedler/innen in einer 2. Phase an den Standard des sozialen Wohnungsbaus anzupassen. Die erste Phase wurde vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales übernommen. In der zweiten Phase finanziert das MBW die notwendigen Renovierungen und Standardanpassungen.</p> <p>Die Anträge zum Einzelplan 14 basieren auf einem Gesamthaushalt der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, so daß Mittelaufstockungen an dieser Stelle durch Mittelkürzungen an anderen Stellen im Haushalt ausgeglichen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Wohnungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände" mit einem Baransatz von 235.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die gegenwärtige Wohnungsnot ist nicht allein durch den Neubau von Wohnungen zu lösen. In Köln wird z. B. zur Zeit jede neue für das Wohnungsamt verfügbare Wohnung durch den Wegfall von 3 alten Bindungen mehr als wettgemacht. Hinzu kommen müssen also Strategien zum Auffangen der Verluste im Bestand.</p> <p>Mit dem Interventionsfonds sollen die Kommunen und kommunalen Verbände in die finanzielle Lage versetzt werden, Bindungen und spekulationsbedrohte oder bisher von alliierten Streitkräften genutzte Wohnungen aufzukaufen und Vorkaufsrechte bei der Anwendung von Erhaltungs- und Milieuschutz-satzungen anzuwenden. Investoren/innen, die nachweisen, daß sie 25 % ihrer Wohnungsbestände an Haushalte vergeben, die kaum Zugang zum Wohnungsmarkt haben wie Alleinerziehende, große Familien oder ausländische Mitbürger/innen, erhalten die Mittel vorrangig.</p> <p>Die Anträge zum Einzelplan 14 basieren auf einem Gesamthaushalt der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, so daß Mittelaufstockungen an dieser Stelle durch Mittelkürzungen an anderen Stellen im Haushalt ausgeglichen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels" Einfach und selber bauen - Bauen für das Existenzminimum" mit einem Baransatz von 5.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung gibt es erste Projekte, die versuchen, Baukosten zu minimieren. Dies geschieht durch Komfortaustausch und Selbsthilfe. Zielgruppe sind die untersten Einkommensgruppen bis hin zu Wohnungsnotfällen. Ziel ist es, mit dem gleichen finanziellen Aufwand doppelt soviel Wohnungen zu schaffen.</p> <p>Diese Projekte haben einen sehr viel größeren Planungs-, Anleitungs- und Betreuungsaufwand, der nicht honoriert wird. Wohnungsbauträger sind an derart aufwendigen Projekten nicht interessiert und die Zahl bleibt daher auf einige wenige Modellprojekte beschränkt. Das Programm ist als Anschubfinanzierung in Form eines revolvingierenden Fonds gedacht.</p> <p>Die Anträge zum Einzelplan 14 basieren auf einem Gesamthaushalt der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, so daß Mittelaufstockungen an dieser Stelle durch Mittelkürzungen an anderen Stellen im Haushalt ausgeglichen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Energiesparprogramm für den Wohnungsbestand" mit einem Baransatz von 30.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die neue Wärmeschutzverordnung stellt im Bestand - allerdings nur bei Um- und Ausbaumaßnahmen - erhöhte Anforderungen an die Wärmedämmung und Energienutzung. Da gerade im Bestand erhebliche Potentiale zur Energieeinsparung und damit zur CO₂-Reduktion bestehen, soll dieses Programm finanzielle Anreize schaffen, Wärmedämm- und Energieeinsparmaßnahmen im Wohnungsbestand beschleunigt umzusetzen.</p> <p>Die Anträge zum Einzelplan 14 basieren auf einem Gesamthaushalt der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, so daß Mittelaufstockungen an dieser Stelle durch Mittelkürzungen an anderen Stellen im Haushalt ausgeglichen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	GRÜNE	<p>Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Behindertengerechte Modernisierung" mit einem Baransatz von 20.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Eine Anpassung der Anzahl behindertengerechter Wohnungen an den tatsächlichen Bestand ist allein durch Neubaumaßnahmen nur langsam zu realisieren und zwingt zudem Menschen mit altersbedingten Behinderungen zum Umzug aus ihren alten, vertrauten Wohnungen. Daher besteht im Bestand ein enormer Anpassungsbedarf. Das Programm soll finanzielle Anreize für Investoren/innen schaffen.</p> <p>Die Anträge zum Einzelplan 14 basieren auf einem Gesamthaushalt der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, so daß Mittelaufstockungen an dieser Stelle durch Mittelkürzungen an anderen Stellen im Haushalt ausgeglichen werden.</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
14	GRÜNE	<p>Kapitel 14 070 - Staatliche Bauverwaltung</p> <p>Pauschale Kürzung der bei diesem Kapitel etatisierten Baransätze um 45.000.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Allgemeine Finanzsituation</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>